

INHALT

1. NOK: Ramsauer greift CDU-Vorschlag für Aktionsbündnis auf
2. Initiative will Unterrichtsausfall im Internet erfassen
3. Auswärtige Sitzung im Kreis Segeberg
4. Gute Pflege braucht mehr als nur die Schaffung einer Pflegekammer!
5. Besuch des Wegezweckverbandes in Bad Segeberg
6. SSW-Fraktionsvorsitzender auf fragwürdigem Niveau
7. Energieportal der Landesregierung frei geschaltet

08.03.2013

NOK: Ramsauer greift CDU-Vorschlag für Aktionsbündnis auf Kurzfristiger Termin für Callsen und Arp beim Bundesverkehrsminister



Hans-Jörn Arp, MdL, Verkehrsminister Peter Ramsauer, MdB und Johannes Callsen, MdL

Bereits seit längerem war für Donnerstag und Freitag dieser Woche ein Besuch von CDU-Landtagsfraktionschef Johannes Callsen und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hans-Jörn Arp auf der Internationalen Tourismusmesse in Berlin geplant. Angesichts der dramatischen Entwicklung an den Brunsbütteler Schleusen bemühten sich Callsen und Arp kurzfristig um einen Termin bei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Heute morgen um zehn Uhr kam es dann zum Treffen im Bundesverkehrsministerium.

„Wir haben ihm gesagt, dass dieser Ausfall für die Wirtschaft im Norden eine Katastrophe ist. Jeder Ausfalltag gefährdet Existenzen. Wir haben ihm auch die Auswirkungen auf die gesamte deutsche Wirtschaft und unseren Ruf als Industriestandort noch einmal verdeutlicht“, so

Callsen.

Ramsauer habe anschließend den Vorschlag der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion für ein NOK-Aktionsbündnis aufgegriffen. „Die Experten aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft müssen sich jetzt zusammen setzen und sehr kurzfristig einen Zeit- und Maßnahmenplan erarbeiten“, so Callsen.

Zwei Ziele müssten nun sehr schnell gleichzeitig verfolgt werden. Bis der Neubau der fünften Schleusenammer fertig ist, müssten die alten Schleusen offen gehalten werden. Dieser Neubau müsse so schnell wie möglich voran getrieben werden.

Die beiden Schleswig-Holsteiner warben dringend dafür, zügig zusätzliches Personal zur Reparatur in Brunsbüttel einzusetzen. „Der Bundesverkehrsminister hat uns zugesagt, dafür zu sorgen“, so Arp.

Ramsauer sagte nach dem Termin in einer Pressemitteilung, die Schließung sei leider notwendig, um Schlimmeres – nämlich eine sechsmonatige Sperrung – zu verhindern. Er habe bereits unmittelbar nach Amtsantritt Maßnahmen zur Reparatur und Instandhaltung, sowie den Bau der 5. Schleuse in Angriff genommen. „Nach der jahrelangen Vernachlässigung würden im Rahmen des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms in den kommenden Jahren 300 Millionen Euro investiert. Den Vorschlag von Johannes Callsen und Hans-Jörn Arp, ein Aktionsbündnis für den NOK in `s Leben zu rufen, habe ich gern aufgenommen“, so der Bundesverkehrsminister.

Darüber hinaus wird dem Haushaltsausschuss des Bundestages bereits in der kommenden Woche die zusätzlichen 60 Millionen Euro für den Neubau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel zur Bewilligung vorgelegt.

„Ich hoffe, dass dieser Beschluss parteiübergreifend gefasst wird. Der Schleusenneubau ist zu wichtig, als dass er im Bundestagswahlkampf zerrieben werden darf“, so der schleswig-holsteinische CDU-Landtagsfraktionschef.

Zur Pressemitteilung von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer:

http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2013/034-ramsauer-nok.html?linkToOverview=DE%2FPresse%2FPressemitteilungen%2Fpressemitteilungen_node.html%3Fgtp%3D36166_list%25253D1%23id104966

Initiative will Unterrichtsausfall im Internet erfassen

www.fehlstunden-sh.de geht ans Netz

Eine Initiative aus Lehrern, Eltern, Schülern und hat ein Internetportal frei geschaltet, mit dem der Unterrichtsausfall im Land erfasst werden soll.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat diese Initiative begrüßt. „Ich wünsche mir, dass sich die Menschen im Land flächendeckend an der Erfassung beteiligen“, erklärte sie in Kiel. So könne hoffentlich ein realistisches Bild vom tatsächlichen Unterrichtsausfall im Land erreicht werden.

„Diese Initiative zeigt auch, dass die Menschen in die amtliche Erfassung des Unterrichtsausfalls in Schleswig-Holstein kein Vertrauen haben. Diese Einschätzung teile ich. Das Erfassungssystem ODIS dient mehr der Verschleierung des Unterrichtsausfalls, als der Erfassung“, so Franzen.

Die CDU-Bildungsexpertin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zuweisungen des Landes an die meisten Schulämter für das Jahr 2013 niedriger als der Bedarf des vergangenen Jahres seien. Zudem dürfe erst wieder nach Fehlzeiten von mehr als drei Wochen auf den Vertretungsfonds zugegriffen werden.

„Selbst dann werden nur 50 Prozent des Ausfalls kompensiert. Das ist völlig unzureichend. Wir waren schon einmal weiter“, so Franzen.

Hier der Link:

www.fehlstunden-sh.de



Heike Franzen, MdL

Auswärtige Sitzung im Kreis Segeberg CDU-Landtagsfraktion gibt Rückendeckung im Kampf um die Regionalplanung

Die Regionalplanung, der Bau der A20, die Elektrifizierung der AKN-Strecke Eidelstedt-Kaltenkirchen, die Altenpflegeausbildung in Norderstedt und der Kommunale Finanzausgleich – das waren die wichtigsten Themen der auswärtigen Sitzung der CDU-Landtagsfraktion im Kreis Segeberg.

„Bei aller Konkurrenz arbeiten Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg exzellent zusammen. Das haben wir mitgenommen. Es wäre deshalb ein großer Fehler, wenn SPD, Grüne und SSW diesen Planungsraum wie geplant zerschlagen würden“, erklärte Fraktionschef Johannes Callsen im Rahmen einer Pressekonferenz nach den Gesprächen mit Kommunalpolitikern.

Auch für die Sorgen der Kommunalpolitiker aufgrund der Pläne der Landesregierung für eine Reform des Finanzausgleichs zeigte der CDU-Fraktionsvorsitzende Verständnis: „In den Städten erzählt der Innenminister, diese könnten sich auf zusätzliche Millionen freuen. Insgesamt soll es aber nicht mehr Geld geben. Und den Kreisen und Gemeinden wird erzählt, dass sich die Situation für die Menschen nicht verschlechtern wird. Das passt nicht zusammen. Das ist der Grund, weshalb der Innenminister seine Eckpunkte bis nach der Kommunal geheim halten will“, so Callsen.

Am Vormittag hatten die Fachpolitiker verschiedene Einrichtungen im Kreis Segeberg besucht.

Der Segeberger Landtagsabgeordnete Dr. Axel Bernstein forderte nach seinem Gespräch beim

Wegezugverband einen zügigen Weiterbau von A20 und A21. „Gerade in der Bad Segeberg wird die Situation mit dem Durchgangsverkehr zunehmend unerträglich. Deshalb brauchen wir die Entlastung durch die A 20. Der ständige Streit in der Landesregierung in dieser Frage muss aufhören. Die Grünen Querschüsse schaden Segeberg“, so Bernstein.

Volker Dornquast warnte vor einer weiteren Verzögerung der Elektrifizierung der Strecke Eidelstedt-Kaltenkirchen. Die für den vergangenen Herbst angekündigte Machbarkeitsstudie liege immer noch nicht vor.

„Die Landesregierung treibt die Kieler Stadtregionalbahn voran. Der Ausbau der Hamburger Regionalbahn hingegen stockt. Angesichts der Pendlerströme ist das Wahnsinn. Der AKN-Ausbau darf nicht für eine Kieler Straßenbahn geopfert werden. Wir brauchen den Anschluss an das Hamburger S-Bahn Netz dringend“, so Dornquast.

Katja Rathje-Hoffmann erfuhr bei ihrem Besuch bei der Altenpflegeschule Norderstedt, dass ihre Kritik an der Vergabepaxis der Landesregierung für die zusätzlichen Altenpflegeausbildungsplätze offensichtlich Wirkung gezeigt hatte: „Noch in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage von August 2012 erklärte die Landesregierung, dass der Schlüssel für die Verteilung der 200 zusätzlichen Ausbildungsplätze in der Altenpflege aus dem Jahr 2006 nicht verändert werden soll. Nach meiner Kritik werden nun auch bisher nicht geförderte Schulen in die Verteilung mit aufgenommen. Norderstedt profitiert davon“, erklärte Rathje-Hoffmann



Kathja Rathje-Hoffmann, MdL, Johannes Callsen, MdL, Gero Storjohann, MdB und Hans-Jörn Arp, MdL

Gute Pflege braucht mehr als nur die Schaffung einer Pflegekammer! Fraktionsarbeitskreise Soziales und Bildung besuchen Altenpflegeschule in Norderstedt

Die Diskussion um die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege ist auch weiterhin eines der zentralen Themen im Sozialbereich. Die Fraktionsarbeitskreise Soziales und Bildung haben daher die auswärtige Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Bad Segeberg zum Anlass genommen, sich mit der Altenpflegeschule IBAF in Norderstedt vor Ort zu pflegepolitischen Themen auszutauschen.

„Die in den letzten Wochen und zuletzt auch heute geführten Gespräche mit an der Pflege beteiligten Institutionen haben uns in unserer Meinung weiter bestärkt, dass die Probleme der Pflegeberufe, wie beispielsweise das fehlende Ansehen oder auch die fehlende Wertschätzung der Pflegerinnen und -pfleger nicht durch die Zwangsmitgliedschaft in einer Pflegekammer gelöst werden, wie es die Regierungsfaktionen gerne erklären“, so die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im vergangenen Jahr mit den Stimmen der Regierungsfractionen als erstes Bundesland die Einrichtung einer Pflegekammer beschlossen. Die CDU-Landtagsfraktion lehnt diese weiterhin ab und fordert stattdessen wirkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege.

„Unserer Auffassung nach ist der Pflege durch die Förderung der Qualifizierung von Personal und angemessener Arbeitsbedingungen, durch den Abbau von Bürokratie im Alltag und durch eine breite Basis der Ausbildungsmöglichkeiten von der Altenpflegehilfskraft bis hin zur studierten Pflegewissenschaftlerin deutlich mehr geholfen, als mit der Schaffung einer Pflegekammer“, so Rathje-Hoffmann weiter.

Gute Pflege schaffe man nur durch die langfristige Stärkung des Pflegeberufes und der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, ohne zusätzliche Zwangsabgaben für diejenigen, die ohnehin wenig verdienten.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehöre nach Ansicht des hochschulpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, auch die Möglichkeit eines dualen Pflegestudiums. „Wir müssen mehr junge Menschen von der Attraktivität des Pflegeberufes überzeugen, wozu neben dem Berufsabschluss auch die Möglichkeit eines akademischen Abschlusses zählen muss“, merkte Günther zum Abschluss des Besuches an.



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Besuch des Wegezweckverbandes in Bad Segeberg

Wegezweckverband – hervorragend und vielschichtig aufgestellt

Im Rahmen der Fraktionsbereisung des Kreises Segeberg besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ den Wegezweckverband (WZV) in Bad Segeberg.

Der 1954 als reiner Wegezweckverband gegründete WZV ist heute in weit mehr als seinem ursprünglichem Bereich aktiv. Vorstandsvorsitzender Jens Kretschmer informierte die Abgeordneten umfassend über die Aufgaben des Verbandes. Neben der ursprünglichen Aufgabe des Wegebbaus kamen im Laufe der Zeit die Abfallentsorgung, die Gewässerunterhaltung und zuletzt vor zwei Jahren auch die Breitbandversorgung hinzu.

Einen Schwerpunkt der Information bildete das Tarifsystem „BioPlus 13“ mit seiner neuen Philosophie des Herangehens an die Abfallgebühren. Die frühzeitige Einbindung wurde von der Bevölkerung mit einer hohen Zustimmung quittiert. Immerhin ist der WZV zweitgünstigster

bei den Abfallgebühren in Schleswig-Holstein.

Zusammen mit seinen über 270 Mitarbeitern erwirtschaftet der WZV in all seinen Gesellschafts- und Organisationsformen rund 40 Millionen Euro pro Jahr. Als Indikator des Erfolges wertete der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Heiner Rickers, den hohen Identifikationsfaktor und die offensichtlich überdurchschnittliche Motivation der Belegschaft.

„Der Fraktionsarbeitskreis konnte sich davon überzeugen, dass der WZV als bedeutender Arbeitgeber in der Region heute hervorragend und vielschichtig aufgestellt ist. Dies ist auch der Verdienst des hoch kompetenten Jens Kretschmer, der den Verband schon in der zweiten Wahlperiode leitet“, so Heiner Rickers.



Teilnehmer des Besuchs beim Wegezweckverband in Bad Segeberg

SSW-Fraktionsvorsitzender auf fragwürdigem Niveau **Scharfe Angriffe von Lars Harms gegen Kläger vor dem Landesverfassungsgericht**



Reimer Böge, MdEP

Am Donnerstag vergangener Woche hatte SSW-Fraktionsvorsitzender Lars Harms die 2000-seitige Stellungnahme des SSW zu den Wahlprüfungsbeschwerden gegen die Gültigkeit der Landtagswahl der Presse vorgestellt.

Dabei griff er vor allem die Kläger aus den Reihen der Jungen Union scharf an. Es kämen ernste Zweifel auf, ob „hier überhaupt rechtliche Fragen im Vordergrund stehen oder nicht doch

parteitaktische Interessen.“ Dies begründete Harms damit, dass kein einziger der Beschwerdeführer verfolgt habe, „wie eng die Bonn-Kopenhagener-Erklärung mit der 5-Prozent Klausel verknüpft“ – und „wie groß daher auch die internationale Dimension dieser Frage ist.“

Später im vom SSW-Fraktionsvorsitzenden veröffentlichten Sprechtext heißt es: „Nach einer Wahl das Ergebnis nachträglich in die gewünschte Richtung drehen zu wollen, das kennt man sonst eigentlich nur aus totalitären Staaten.“

Diese Formulierungen waren natürlich auch Thema in der CDU-Fraktion: „Ich finde diese Aussagen auch deshalb bemerkenswert, weil der SSW das Landtagswahlergebnis von 2009 vor dem Landesverfassungsgericht angefochten hat“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Jörn Arp.

Auch der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge schaltete sich ein. „Mit solchen verbalen Entgleisungen begibt man sich politisch auf ein sehr fragwürdiges Niveau. Ich rufe Lars Harms zu mehr Mäßigung auf. Angesichts der guten und vernünftigen Gespräche, die CDU und SSW vor wenigen Wochen geführt haben, verwundert es, dass der Fraktionsvorsitzende des SSW die Wahlprüfbeschwerden von vier Vertretern der Jungen Union auf eine Ebene mit Verhältnissen in totalitären Staaten stellt“, erklärte er.

Harms wies anschließend in einer Pressemitteilung darauf hin, er habe mit der von Böge angegriffenen Formulierung nicht die Kläger aus der Jungen Union gemeint, sondern den FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki aufgrund einer anderen Aussage.

Arp dazu: „Das macht die Sache nicht besser. Selbstverständlich hat in unserer Demokratie jeder Bürger das Recht, Wahlergebnisse vor Gericht überprüfen zu lassen.“

Energieportal der Landesregierung frei geschaltet **Landesregierung informiert gebündelt über Energiewende**

Diese Woche hat das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ein neues Internetportal zur Energiewende frei geschaltet. Das Portal soll über den Fortschritt der Energiewende in Schleswig-Holstein informieren und bietet dazu Daten, Fakten und Hintergründe zur Energiewende im Norden.

Auch über konkrete Ausbauplanungen im Bereich der Stromnetze wird auf der Seite informiert. Darüber hinaus gibt es umfangreiche Informationen zur Bürgerbeteiligung. Unter anderem wird auch die noch von Wirtschaftsminister Jost de Jager ins Leben gerufene Netzentwicklungsinitiative vorgestellt.

Link zum Internetportal:
www.Energiewende.Schleswig-Holstein.de

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de